

## Ressourcen schonender Einsatz von Phosphor in der Landwirtschaft – Symposium des Institutes für Pflanzenbau und Bodenkunde des JKI in Braunschweig – eine Synopse

Auf Einladung des Institutes für Pflanzenbau und Bodenkunde des Julius Kühn-Institutes - Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen (JKI) trafen sich am 10. und 11. November 2008 in Braunschweig rund 100 Vertreter und Vertreterinnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, um über den Ressourcen schonenden Einsatz von Phosphor in der Landwirtschaft zu diskutieren.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen verschiedene Möglichkeiten und Ansätze zur landwirtschaftlichen Verwertung von Phosphor aus sekundären Rohstoffen wie insbesondere Produkte aus der Abwasserreinigung und aus Schlachtneprodukten.

Eine wichtige Motivation für diese Themenstellung bot auch bei ähnlichen Veranstaltungen dieser Art oftmals die Sorge um den Pflanzennährstoff Phosphor als vermeintlich knapp werdendes Gut. Wie Harald ELSNER von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) Hannover darlegte, erscheint diese Sorge in Anbetracht der noch verfügbaren Rohphosphatmengen allerdings unbegründet. So stehen den derzeit ökonomisch abbauwürdigen 18 Mrd. Tonnen Rohphosphat noch rund 50 Mrd. Tonnen nachgewiesene Reserven gegenüber, deren Abbau bei den derzeitigen Preisen noch nicht finanziell darstellbar ist. Hinzu kommt mit insgesamt rund 990 Mrd. Tonnen eine ungleich größere Menge vermuteter Ressourcen, die bisher noch nicht ausreichend exploriert sind. Ihre Erschließung ist von politischen, technischen und infrastrukturellen Faktoren, insbesondere aber von der Entwicklung des Preisniveaus abhängig. Auch diese Erkenntnis entbindet uns aber nicht von unserer Verantwortung und Pflicht zu einem sorgfältigen Umgang mit der endlichen Ressource Rohphosphat, darüber waren sich wohl alle Teilnehmer des Symposiums einig. Derzeit ist in diesem Sinne eine zunehmende Umschichtung von den primären Phosphaten hin zur Nutzung sekundärer Phosphate zu beobachten, Produkte aus sekundären Phosphaten beginnen, sich auf dem Markt zu etablieren. Hierauf muss auch die Rechtsetzung entsprechend reagieren, das Düngemittelrecht ist den aktuellen Gegebenheiten in einem stetigen Wandlungsprozess anzupassen. Die Entwicklung des Düngemittelrechtes im Hinblick auf phosphorhaltige Düngemittel wurde von Bettina BEERBAUM (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – BMELV) dargestellt. Insbesondere in der Düngemittelverordnung sind bereits weitreichende Anpassungen der Typenbeschreibungen vorgenommen worden, mittelfristiges Ziel ist allerdings, die Einführung neuer Düngemittel durch Streichung der Typendefinitionen weiter zu vereinfachen. Als wichtigste Voraussetzungen für das Inverkehrbringen neuer Düngemittel schreibt die Düngemittelverordnung den Nachweis von deren Nützlichkeit sowie ihrer Unbedenklichkeit fest. Die derzeitige Charakterisierung der Wirksamkeit von Phosphordüngern durch 11 verschiedene chemische Extraktionsverfahren zur Beschreibung ihrer Löslichkeit soll nach Möglichkeit auf drei Verfahren reduziert werden. Die Verfahren sollen durch eine für den Anwender nachvollziehbare Beschreibung hinsichtlich ihrer Aussage über die Pflanzenverfügbarkeit des Phosphors ergänzt werden. Derzeit ist hierzu ein Forschungsvorhaben vom BMELV initiiert, über dessen bisherige Ergebnisse Sylvia KRATZ vom Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde des JKI berichtete. Während für die herkömmlichen Mineraldünger die Zielvorgabe unproblematisch zu erfüllen scheint, besteht hinsichtlich "neuartiger" Pro-

dukte, insbesondere organischer Düngemittel wie Fleischknochenmehl, oder auch Produkte aus Klärschlammaschen, noch weiterer Forschungsbedarf. Die aktuelle Novelle der Düngemittelverordnung wird voraussichtlich Ende 2008 in Kraft treten. Eine weit reichende Einschränkung der Reichweite jeglicher nationaler Rechtssetzungsaktivitäten liegt allerdings darin, dass die deutsche Düngemittelverordnung nur rund 10 % der in Deutschland gehandelten Phosphorhaltigen Dünger erfasst, während ca. 90 % als EG-Düngemittel in Verkehr gebracht werden und damit direkt dem EU-Recht (EU-Düngemittelverordnung) unterliegen.

Über die Aufbereitung primärer Rohphosphate zu Phosphor-Düngemitteln berichtete Johannes REUVERS aus der Düngemittelproduktion bei der Firma BASF. Wichtig im Hinblick auf die Bewertung der Ressourcenverfügbarkeit war vor allem sein Hinweis darauf, dass schadstoffärmere magmatische Rohphosphatherkünfte nur begrenzt auf dem freien Markt verfügbar sind. Die schon eher zugänglichen Sedimentationsrohphosphate unterliegen nicht nur Schwankungen bei den Primärnährstoffgehalten, sondern weisen auch sehr unterschiedliche Nebenkomponenten, wie unlösliche Bestandteile (Sand), Chlorid, Eisenverbindungen oder Schwermetalle, auf. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Qualität bzw. der  $P_2O_5$ -Gehalt dieser Rohphosphate abnimmt. Umso wichtiger werden vor diesem Hintergrund Informationen über die Möglichkeiten zur Extraktion von Schadstoffen bei der Rohstoffaufbereitung. Die Thematik der Entfernung solcher Nebenbestandteile wird auch von der Düngemittelindustrie bearbeitet, technische Lösungsansätze sind bislang oft an ihrer Wirtschaftlichkeit gescheitert. Die Darstellung der Weiterverarbeitung der natürlichen Rohphosphate zu Single- und Triple-Superphosphat sowie NPK-Düngemitteln zeigte auch die Tendenz der letzten Jahrzehnte zu höheren Gesamtnährstoffgehalten der Endprodukte. Ein Vergleich der aktuellen Großverfahren über Phosphorsäure bzw. Nitrophosphorsäure zeigte die Gipsproblematik auf. Im Hinblick auf eine Effizienzsteigerung bei der Gewinnung und Verarbeitung von natürlichen Rohphosphaten wurde vor allem auf Chancen in der Gewinnung und bei den anschließenden Logistikaufgaben hingewiesen.

In zwei anschließenden Vorträgen wurden Verfahren zur Nutzung von Phosphor aus sekundären Quellen wie insbesondere Abwasser und Klärschlamm aus ökonomischer und energetischer Perspektive betrachtet. Thomas DOCKHORN vom Institut für Siedlungswasserwirtschaft der Technischen Universität Braunschweig betrachtete u. a. am Beispiel der MAP (=Magnesium-Ammonium-Phosphat)-Fällung sowie des Säureaufschlusses von Klärschlammasche systematisch die wesentlichen Abhängigkeiten der Verfahrenskosten. Hierbei erwies sich die Phosphatkonzentration im zu behandelnden Medium als signifikanter Faktor, da mit steigender Konzentration der Anteil der Fixkosten (Investitionsabhängig, Instandhaltung, Personal etc.) an den Produktionskosten deutlich abnimmt, während der Anteil der Betriebsmittelkosten (für  $Mg^{2+}$ ) gleichzeitig steigt. Insbesondere in Verbindung mit dem Einsatz einer kostenneutralen Magnesiumquelle (z. B. Meerwasser oder Salzwasser aus dem Kalibergbau) können die Kosten der MAP-Produktion hierdurch signifikant unterhalb des kalkulatorischen Produktwertes gesenkt werden. Bei einer vergleichenden ökonomischen Bewertung unterschiedlicher Verfahren spielt ferner die Verwendung einheitlicher Bezugsgrößen, eine sachgerechte ressourcenökonomische Ermittlung von Produktwerten sowie die Berücksichtigung der Kosten vorgeschalteter Verfahrensstufen eine entscheidende Rolle. Helmut RECHBERGER von der Technischen Universität Wien, Abteilung Ressourcenmanagement, zeigte anhand der statistischen Entropieanalyse, dass ein thermo-chemisches Verfahren zur Behandlung von Klärschlamm-

aschen als derzeit einzige Option Phosphor quantitativ wiedergewinnen, organische Schadstoffe zerstören, anorganische Schadstoffe konzentrieren und aus dem Kreislauf ausschleusen kann. Aus energetischer Sicht ist der damit verbundene Aufwand im Vergleich zur rein energetischen Verwertung des Klärschlammes in Zement- oder Kohlekraftwerken durchaus vertretbar, rechnet man den Energiebedarf der jeweilig erforderlichen Primärdüngerherstellung mit ein. Eine Phosphorbilanz für die Europäische Union zeigt, dass durch flächendeckenden Einsatz eines derartigen Verfahrens ca. 20 % an Phosphorimporten substituiert werden könnten. Ohne die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer verstärkten P-Rezyklierung über P-haltige kommunale und industrielle Rückstände/Abfälle zu unterschätzen, sollte nach Auffassung des emeritierten Agrarwissenschaftlers Wilfried WERNER (Universität Bonn) jedoch aus dem quantitativen Aspekt der Ressourcenschonung die Ausschöpfung noch bestehender Potentiale zur Effizienzsteigerung der P-Düngung nach wie vor als vorrangig angesehen werden. An experimentell vielfach untermauerten Beispielen zeigt er eine Reihe solcher Potentiale auf: Verbesserung der "Qualität" des angereicherten verfügbaren P-Pools der Böden bei optimalem Kalk- und Humuszustand, bessere Ausschöpfung aufgebauter P-Reserven, verstärkte Beachtung der Löslichkeitskriterien eingesetzter P-Dünger (keine rohhosphathaltigen Produkte!), gezielte Anpassungen im P-Düngungssystem, z. B. platzierte Ausbringung des P-Düngers in Kombination mit Ammonium-N in den Zielraum der ersten Wurzeln der Pflanze (Band-, Depot-, Unterfußdüngung). Neuere Ansätze zur Steigerung der Düngereffizienz stellte Leif KNUDSEN vom Dänischen Landwirtschaftsberatungsservice (LRC, Skejby) mit seinen Ausführungen über die Nutzung des Humateffektes bei der Herstellung von P-Düngemitteln dar. Dass auch die moderne Tierernährung große Fortschritte bei der Steigerung der P-Effizienz aufzuweisen hat, zeigten Gerhard FLACHOWSKY, Leiter des Institutes für Tierernährung des Friedrich-Löffler-Institutes und Markus RODEHUTSCORD, Leiter des Institutes für Tierernährung an der Universität Hohenheim. Insbesondere betonten sie die Notwendigkeit der Umsetzung der Erkenntnisse der Tierernährung in der Praxis auf der Grundlage von P-Analysen der Futtermittel, der Fütterung auf der Basis der P-Verfügbarkeit der Futtermittel sowie des Einsatzes von Phytase zur Steigerung der P-Verwertung im Tier. Berichtet wurde auch über züchterische Fortschritte bei Tier und Pflanze auch unter Einsatz der Gentechnik, so vor allem die Reduzierung des Phytatgehaltes im Getreide oder die Steigerung des Potentials zur Ausprägung des Enzyms Phytase in Pflanze oder Tier.

Am zweiten Tag des Symposiums standen Optionen der landwirtschaftlichen Verwertung von Phosphor aus sekundären Quellen im Vordergrund. Christian ADAM von der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), Berlin, stellte verschiedene technische Möglichkeiten der Rückgewinnung von Phosphor aus der Abwasserreinigung vor. Während das Potential der P-Rückgewinnung aus dem Abwasserstrom bei maximal 55 % liegt, lassen sich aus Klärschlamm bzw. dessen Asche immerhin zwischen 85 und 98 % des Phosphorzulaufs zurückgewinnen. Ein Erfolg versprechendes Kristallisationsprodukt aus dem Abwasserstrom ist Magnesium-Ammonium-Phosphat (MAP), ein entsprechendes Verfahren wird beispielsweise von den Berliner Wasserbetrieben eingesetzt. Die Fällung von MAP bzw. Magnesiumphosphat aus mit Säure aufgeschlossenem Klärschlamm wird z. B. im modifizierten Seaborne-Verfahren auf der Kläranlage Gifhorn umgesetzt. Bei der Herstellung eines Düngers aus thermisch aufbereiteter Klärschlammmasche ist derzeit wohl die "SUSAN-Technologie" (SUSAN = **s**ustainable and **s**afe reuse of municipal sewage sludge for **n**utrient recovery) am weitesten fortgeschritten: Nach der Eröffnung einer Pilotan-

lage in Leoben, Österreich im Sommer 2008 ist nun die großtechnische Umsetzung in Bayern in Planung. In Österreich ist bereits ein PK-Dünger aus thermochemisch aufbereiteter Klärschlammmasche der Firma ASH DEC Umwelt AG zugelassen. Über Gefäß- und Feldversuche zur Überprüfung der Düngewirksamkeit verschiedener Produkte aus der Abwasserreinigung berichtete Bernd STEINGROBE vom Department für Nutzpflanzenwissenschaften der Universität Göttingen. Seine Darstellung verdeutlichte einmal mehr die Schwierigkeit, die Phosphorwirksamkeit verschiedener P-Formen im Feldversuch zu vergleichen. Trotz des Einsatzes P-armer Böden konnten keine signifikanten Unterschiede in P-Aufnahme und Ertrag gefunden werden, was die Versuchsansteller auf die Fähigkeit ihrer Testpflanzen zurück führten, trotz geringer Boden-P-Gehalte noch ausreichend Phosphor im Boden zu mobilisieren. In der Tendenz zeigte sich allerdings eine Überlegenheit von MAP gegenüber Produkten aus thermisch aufbereiteten Klärschlammaschen, die sich im Gefäßversuch mit den gleichen Böden deutlich bestätigte. Spezielle Untersuchungen zu mit der SUSAN-Technologie hergestellten aschebasierten Düngern wurden von Judith SCHICK aus dem Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde des JKI in Braunschweig präsentiert. Gezeigt werden konnte, dass mit dieser Technologie bei entsprechender Wahl maßgeblicher Verfahrensparameter wie Art des Chlordonators (Magnesium- oder Calciumchlorid) und Beheizungsverfahren Düngemittel herzustellen sind, die in ihrer Phosphorwirksamkeit mit herkömmlichen PK-Düngern bzw. teilweise sogar mit wasserlöslichen P-Düngern vergleichbar sind.

Über die Düngewirkung organischer NP-Dünger aus Schlachtnebenprodukten (Fleischknochenmehl) referierte Erhard ALBERT vom Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie in Leipzig. Seine Versuche erbrachten im Vergleich zu Mineraldüngern eine N-Wirkung des Fleischknochenmehls von 70 bis 90 %. Die P-Wirkung lag bei 20 bis 65 %, wobei hervor zu heben ist, dass diese erst mit Verzögerung einsetzt, Fleischknochenmehl demnach also mehr zur langfristigen Erhaltung des P-Status der Böden als zur Behebung akuter P-Mängel eingesetzt werden sollte. Betont wurde auch, dass die Verfügbarkeit des Phosphors aus Fleischknochenmehl mit zunehmendem Boden-pH abnimmt, was diesen Dünger vor allem für saure bis leicht saure Standorte prädestiniert. Wie die Kalkulationen von Herrn ALBERT bewiesen, können mit der Verwertung von Fleischknochenmehlen allein der Kategorie 2 und 3 (kein Risikomaterial) als Düngemittel bereits beachtliche Mengen von Phosphor rezykliert werden. Während dies nach deutschem Düngemittelrecht auch unproblematisch möglich ist, schließt das EU-Recht die Verwertung tierischer Reststoffe derzeit noch aus, in dieser Frage will das BMELV aber nach Aussage seines Düngemittelexperten Georg EMBERT zukünftig bei der EU aktiv werden.

Eine Spezialanwendung eines Düngers aus Schlachtnebenprodukten stellte Peter LEINWEBER, Professor für Bodenkunde an der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock, vor: Im Rahmen eines EU-Projektes wurde der Einsatz von Knochenkohle aus der technischen Pyrolyse von Knochen im Gemüsebau untersucht. Die Ergebnisse waren viel versprechend, insbesondere wenn die Knochenkohle zusätzlich als Trägermedium für selektierte Mikroorganismen (z. B. *Trichoderma* spp.) mit pflanzenstärkender Wirkung genutzt wurde.

Abschließend analysierte Felix EKARDT (Universität Bremen) aus einer interdisziplinären, geisteswissenschaftlichen Perspektive die Nachhaltigkeit der Phosphornutzung. Dabei stellte er Defizite des europäischen und deutschen (u. a. Düngemittel-)Rechts dar und machte insoweit Verbesserungsvorschläge. Diese richteten sich zugleich auf übergreifende Konzepte einer ökologisch verträglicheren Landnutzung unter Berücksichti-

gung auch von (globalen) Problemen wie Klimawandel, Biodiversitätsschwund, Flächenverbrauch, Entwaldung u. a.

Als wichtiges Fazit der Veranstaltung ist fest zu halten, dass mittlerweile zahlreiche Verfahren zur Rezyklierung von Phosphor aus sekundären Quellen für die Landwirtschaft verfügbar und auf einem Entwicklungsstand sind, der ihre weitere Verfolgung sowohl in ökonomischer Hinsicht als auch aus Gründen der Nachhaltigkeit lohnenswert erscheinen lässt. Wesentliche Kriterien zur Bewertung der Düngemittelqualität der Produkte sind und bleiben ihre pflanzenbauliche Wirksamkeit sowie die ökologische und gesundheitliche Unbedenklichkeit.

Die auf der Tagung präsentierten Referate und Poster stehen auf der Homepage des JKI unter <http://www.jki.bund.de> ⇒ Veröffentlichungen ⇒ Braunschweiger Nährstofftage zum Herunterladen bereit.

Kontakt: Dr. Sylvia Kratz, Julius Kühn-Institut – Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen, Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde, Bundesallee 50, 38116 Braunschweig, E-Mail: [sylvia.kratz@jki.bund.de](mailto:sylvia.kratz@jki.bund.de)

Sylvia KRATZ, Bettina BEERBAUM, Harald ELSNER,  
Johannes REUVERS, Thomas DOCKHORN,  
Helmut RECHBERGER, Wilfried WERNER, Leif KNUDSEN,  
Gerhard FLACHOWSY, Markus RODEHUTSCORD,  
Christian ADAM, Bernd STEINGROBE, Judith SCHICK,  
Erhard ALBERT, Peter LEINWEBER,  
Felix EKARDT, Georg EMBERT

**Das Institut "Pflanzengesundheit" des Julius Kühn-Instituts (JKI) teilt mit:**

## Ägyptische Speisekartoffeln dürfen auch in der Saison 2008/2009 eingeführt werden

Aufgrund des Vorkommens der Schleimkrankheit der Kartoffel (*Ralstonia solanacearum*) in Ägypten sind Kartoffeleinfuhren aus diesem Land seit über 10 Jahren nur im Rahmen einer Ausnahmeentscheidung der Europäischen Kommission möglich. Die derzeit geltende Entscheidung 2004/4/EG enthält eine ganze Reihe spezifischer Anforderungen, die vor allem in Ägypten einzuhalten sind, aber auch bei der Einfuhr in die Gemeinschaft durch den zuständigen Pflanzenschutzdienst zu erfüllen sind. Für den Export zugelassen sind dabei ausschließlich Kartoffeln, die in einem von den ägyptischen Behörden ausgewiesenen "befallsfreien Gebiet" (pest free area, PFA) produziert wurden und das dafür verwendete Basispflanzgut aus Ländern der EU stammt. Die Ausweisung dieser Gebiete ist anhand des Internationalen Standards für Pflanzengesundheitliche Maßnahmen Nr. 4 (Pest Surveillance – Requirements for the Establishment of Pest Free Areas) vorzunehmen.

Trotz der strengen Anforderungen wurde in der Vergangenheit im Rahmen der intensiven Einfuhrkontrollen immer wieder Befall mit *Ralstonia solanacearum* festgestellt. Diese Situation hat sich nunmehr aber in den letzten beiden Jahren wesentlich verbessert, in der Einfuhrsaison 2007/2008 wurde überhaupt kein Befall mehr festgestellt. Diese sehr erfreuliche Entwicklung lässt sich zum Einen auf die Ergebnisse eines seit 1997 in Ägypten laufenden und von der EU finanzierten, intensiven Unterstützungsprojekts (Potato Brown Rot Project) und zum Anderen auf die verstärkten Anstrengungen der ägyptischen Behörden zur Umsetzung der Anforderungen der Kommissionsentscheidung und zur Verhinderung von betrügerischem Verhalten bei der Exportabwicklung zurückführen.

Aufgrund dieser positiven Entwicklung wurde vom Ständigen Ausschuss Pflanzenschutz einer erneuten Verlängerung der Entscheidung 2004/4/EG zugestimmt, d. h. auch in der kommenden Einfuhrsaison 2008/2009 dürfen ägyptische Speise-

kartoffeln aus ausgewiesenen befallsfreien Gebieten in die Gemeinschaft eingeführt werden. Sollte auch die nächste Einfuhrsaison ohne Befallsfeststellung verlaufen, dann könnte dies zur vollständigen Aufhebung der Entscheidung führen. Speisekartoffeln aus Ägypten wären dann ebenso wie aus Algerien, Israel, Libyen, Marokko, Syrien, Schweiz, Tunesien und der Türkei vom allgemeinen Einfuhrverbot ausgenommen.

Der konsolidierte Text der Entscheidung 2004/4/EG ist im Internet verfügbar unter [www.jki.bund.de](http://www.jki.bund.de) ⇒ Pflanzengesundheit ⇒ Regelungen & Standards ⇒ EU-Staaten ⇒ Ausnahmen für die Einfuhr von Warenarten.

Ernst PFEILSTETTER (JKI Braunschweig)  
und Petra MÜLLER (JKI Kleinmachnow)

## Pflanzkartoffeln aus Kanada können auch in den nächsten drei Jahren eingeführt werden

Für Pflanzkartoffeln aus Kanada besteht seit 1981 eine Ausnahme vom generellen Einfuhrverbot für Kartoffeln aus Drittländern. Diese im Rahmen der derzeit geltenden Entscheidung 2003/61/EG der Kommission festgelegte Ausnahme besteht für Pflanzkartoffeln der Sorten 'Atlantic', 'Donna', 'Kennebec', 'Russet Burbank', 'Sebago' und 'Shepody', die in bestimmten Mitgliedstaaten traditionell stark nachgefragt werden. Ausfuhren sind dabei lediglich aus den Provinzen New Brunswick und Prince Edward Island zulässig. Aufgrund der von den kanadischen zuständigen Stellen durchgeführten stringenten Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen kann bei diesen Gebieten das Risiko der Einschleppung von Quarantäneschadorganismen, insbesondere *Clavibacter michiganensis* ssp. *sepedonicus*, als sehr gering eingestuft werden.

Die Entscheidung richtet sich ausschließlich an die südeuropäischen Mitgliedstaaten Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und Zypern, da aufgrund der klimatischen Verhältnisse davon ausgegangen wird, dass sich der Erreger der Kartoffelfringfäule im Falle einer unentdeckten Einschleppung dort nicht etablieren kann. Die Entscheidung wurde in den letzten Jahren ausschließlich von Portugal in Anspruch genommen.

Da es bei den bisherigen Importen nie Probleme mit Befall durch Quarantäneschadorganismen gab, wurde vom Ständigen Ausschuss Pflanzenschutz der Kommission eine Verlängerung der Entscheidung 2003/61/EG für weitere drei Jahre beschlossen. Einfuhren kanadischer Pflanzkartoffeln sind somit in den Zeiträumen 1. Dezember 2008 bis 31. März 2009, 1. Dezember 2009 bis 31. März 2010 und 1. Dezember 2010 bis 31. März 2011 in die oben genannten südlichen Mitgliedstaaten möglich.

Ernst PFEILSTETTER (JKI Braunschweig)

## Einführen von Speisekartoffeln aus Kuba auch in den nächsten drei Jahren möglich

Mit der Entscheidung 2003/63/EG der Kommission wird abweichend vom generellen Einfuhrverbot, das für Kartoffeln aus Drittländern besteht, die Einfuhr kubanischer Speisekartoffeln ermöglicht. Die Entscheidung wurde bei der Sitzung des Ständigen Ausschusses Pflanzenschutz vom 22./23. September 2008 um weitere drei Jahre verlängert. Speisekartoffeln können somit auch weiterhin aus den vier kubanischen Provinzen Ciego de Avila, La Habana, Matanzas und Pinar del Río eingeführt werden soweit die in der Entscheidung vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind. Die Kartoffeln können in den Jahren 2009 bis 2011 jeweils in den Zeiträumen 1. Januar bis 31. Mai eingeführt werden. Entsprechende Einfuhren früher Speisekartoffeln aus Kuba sind grundsätzlich durch alle Mitgliedstaaten möglich.

Ernst PFEILSTETTER (JKI Braunschweig)